Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 152. Freitag, den 28. September. 1866

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten ersuchen wir ergebenst, unser Blatt gefälligst rechtzeitig auf der Post bestellen zu wollen.

Die Redaktion.

Landtag.

22. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 25. d.

In der heutigen Sitzung erklärte vor Fortsetzung der Debatte über den 60-Millionenkredit der Finanzminister: er habe die Kommissionsvorlage für unannehmbar erklärt; die Worte haben nicht harte sein, sondern nur dem Ernst der Lage entsprechen sollen. Bei dem Ernst der Lage halte die Regierung sich eben so berechtigt wie verpflichtet, ein Vertrauensvotum in Anspruch zu nehmen, er hoffe auf Ertheilung, da beide Häuser und das Land mit den Wegen der Regierung und der auswärtigen Politik einverstanden seien. Unmittelbar gefahrdrohend sei die politische Lage nicht, aber sie sei nicht eine fertige, abgeschlossene. Mit Sachsen sei der Friede noch nicht geschlossen, die vielseitigen Verhältnisse des norddeutschen Bundes zu den süddeutschen Staaten seien noch nicht geregelt, die Assimilation der neuen Landestheile sei noch nicht vollendet. Europa habe sich noch nicht in die neue Lage gefunden; bis dahin müsse Preußen bereit sein, zu vertheidigen, was es erworben, und es komme Alles darauf an, sich nicht überraschen zu lassen. Die Freiheit der Allianzen sei nur für den vorhanden, der bereit sei jeden Augenblick davon Gebrauch zu machen. Mehr als je müsse Preußen in jedem Augenblick bereit sein, ohne durch finanzielle Rücksichten gehemmt zu sein, sein militärisches Gewicht in die Wagschale zu werfen. Ein gefüllter Schatz sei die Hauptsache. Im rechten Augenblick fertig sein, könne 7 Jahre Krieg in 7 Monate, ja in 7 Tage verwandeln. Wer im allgemeinen Krystallisationsprozesse einen festen Punkt bilden wolle, an dem die Krystalle anschießen, der müsse dastehen das Schwert in der Hand und den Knopf auf dem Beutel. Die Regierung halte es für unerläßlich, sofort den Staatsschatz mit Silber, und zwar mit geprägtem Silber, zu füllen, die Regierung habe daher in dem Amendement Michaelis-Röpell ein dankenswerthes Entgegenkommen gefunden; sie lege, großen Werth darauf, daß die Füllung mit Genehmigung des Landtages geschehe. Was das Maximum angehe, so sei die Regierung geneigt, einem solchen Maximum zustimmen, sobald es unerläßlich sei, um die Zustimmung zu der Füllung des Schatzes zu erlangen. In der Kommission habe er 40 Millionen Maximum verlangt und 40 seien der Regierung lieber als 30; 40 Millionen würden nicht nur die Mobilmachungskosten decken, sondern auch die Verpflegung der ersten Monate. Die Regierung nehme aber eventuell auch 30 Millionen mit Rücksicht darauf an, daß die übrigen Regierungen des norddeutschen Bundes veranlaßt werden würden, entsprechende Beiträge zu leisten. In Betreff der künftigen Ueberschüsse könne er auch das Lasker'sche Amendement annehmen. Indem die Regierung den Wünschen des Hauses somit weit entgegenkomme, hoffe sie auf ein einstimmiges Votum.

Abg. Virchow: Die Frage des Staatsschatzes habe bei der Abfassung nicht in der Vorlage gelegen, sie sei erst mit den Kriegsentschädigungsgeldern hinein gekommen. Er sei geneigt, zur Füllung des Staatsschatzes beizutragen, verlange aber Garantien in Betreff der Verfügung über die Bestände des Staatsschatzes. Da diese in dem Amendement Michaelis-Röpell nicht vorhanden seien, könne er nicht dafür stimmen, weil dies einen Konflikt erwarten lasse. Die Gesetzgebung bezeichne nirgends den Staatsschatz als Kriegsschatz, deshalb könne man auch nicht den Schluß machen, daß er dem König als Kriegsherrn zur Verfügung stehe. Auch die Summen in den Staatsschatz zu legen habe die Regierung ohne Zustimmung des Landtages kein Recht; da die Amendements dieser Fragen nicht zum Abschluß bringen, könne er sich für keins derselben erklären. Die Nothwendigkeit einer Anleihe liege überdies nicht mehr vor. Die Lage sei nicht mehr so ernst. Europa werde nie fertig. Die Lage Deutschlands wolle die Regierung über den Main hinaus nicht fördern, wenigstens sei sie ohne Grund an der Mainlinie stehen geblieben. Die Aussicht auf einen neuen Krieg sei ihm nicht erfreulich. Das Volk werde eine friedliche Entwickelung der kriegerischen vorziehen; deshalb habe es auch nicht Neigung, den Kriegsschatz zu füllen. Jede Großmacht bedürfe so langer Vorbereitungen zum Kriege, daß man vorher die Landesvertretung berufen könne. Die Mittel, welche auch die Kommission bewillige, reichten vollkommen aus; das Amendement v. Hoverbeck, welches im § 4 den zweiten Absatz streiche, gebe der Regierung die Befugniß, neben der Ausgabe von 30 Millionen Schatzanweisungen auch die Effekten zu verwerthen, und gebe der Regierung so viel, wie sie verlangen könne.

Abg. Twesten erläuterte sein Amendement. Die Regierung verlange ein Vertrauensvotum wegen der auswärtigen Lage, diese sei auch ihm Grund, den ganzen Kredit zu bewilligen als finanzielle Kriegsbereitschaft. Er gebe ein Vertrauensvotum, wie es die Regierung wünsche, aber nicht in den Staatsschatz. Ohne Zustimmung des Hauses könne der Finanzminister dem Staatsschatz solche Summen nicht zuführen; insofern sei das Amendement Michaelis korrekt. Das Maximum sei kein Entgelt für eine solche Abweichung von allen wirthschaftlichen und politischen Grundsätzen, wie es die Bewilliguug einer Anleihe zum Staatsschatz sei; deshalb gebe er das Geld nur in die Geneneralstaatskasse, um nach 3 Jahren den Bestand in den Tilgungsfonds auszuschütten. Er wolle eine Kriegsanleihe auf Zeit bewilligen; das sei nicht eine Frage des Vertrauens u. s. w., sondern des Finanzrechtes. Wirthschaftlich betrachtet, sei der Staatsschatz ein großer Nachtheil. Politische Gründe sprechen nur für den Augenblick dafür. Daß eine Anleihe aufzunehmen beim Kriegsausbruch unmöglich, sei nicht zu leugnen. Im Frühjahr habe dem nur das Verhältniß zur Landesvertretung entgegengestanden. Alle andern Großmächte halten einen Kriegsschatz nicht mehr für nothwendig; dasselbe gilt auch für Preußen, namentlich für das vergrößerte Preußen. Der Staatsschatz sei unkonstionell, weil er es der Regierung möglich mache, gegen den ausgesprochenen Willen des Landes ein dem Lande verhaßtes System der inneren Verwaltung auch auf die Gefahr eines Krieges hin aufrecht zu erhalten. Sei der Krieg ausgebrochen, so sei allerdings die Bewilligung nur eine Form. Aber regelmäßig müsse ein Einverständniß bestehen und das sei nur möglich, wenn nicht die Macht einseitig bei der Regierung liege. Die Bewilligung einer Anleihe für den Staatsschatz sei eine unerhörte Uebertreibung der Theorie des Staatsschatzes. Was sein Amendement angehe, so glaube er nicht, daß die Regierung nicht Ausgaben machen werde, um nur

---

— **Ein lustiger Annexionszug.** — Die Kleinstädter sind bekanntlich meistens in der schlimmen Lage sich durch eigene Erfindungsgabe die liebe Langeweile verscheuchen zu müssen. Aus Mangel an allen jenen Zerstreuungen, welche nur belebtere Orte ihrer Bevölkerung entgegentragen, pflegen sie gern viel sogenannten „dummen Spaß", viel gegenseitige Fopperei und Schabernack zu treiben. Wenn Einer Abends ungenarrt und ohne aufgebundenen Bären aus der Gesellschaft seiner besten Freunde nach Hause kommt, so kann er von Glück sagen. Auch den wackeren Bewohnern des bairischen Stätdchens Lindau mag derlei witzige Beschäftigung, solche nicht immer gerade harmlose Uebung des Scharfsinns von Alters her Bedürfniß und Gewohnheit sein. Aber die Zeiten waren ernst in diesem Sommer, von den fremden Gästen welche sonst die reizenden Gestade des Bodensees in großen Schaaren zu durchschwärmen pflegen, hatten nur wenigesich eingestellt und die Honoratioren des Oertchens — so denken wir uns die Sache — saßen kleinlaut im Wirthshause beisammen und ärgerten sich über die leidige Politik, die alle gemüthliche Unterhaltung verscheucht und alle vernünftigen Interessen anständiger Lindauer in den Hintergrund gedrängt habe.

Es war am neunzehnten Juni. Unheimliche Gerüchte durchschwirrten die Luft, Zorn, Angst und Schrecken erfüllten die Gemüther; und zu Allem kam noch plötzlich die (unbegründete) Nachricht, die Preußen seien bei Hof in baierisches Gebiet eingefallen. Das war des Ernstes zu viel, man mußte sich Luft und einen herzhaften Zeitvertreib verschaffen; anarchische Kriegszustände waren einmal da, man wollte sie benutzen zu einem köstlichen Jux, wie er in gewöhnlichen Zeiten nicht zu haben ist. Ein paar Stunden von Lindau liegt eine ganz kleine, nur aus zwei unschuldigen Dörfern bestehende preußische Enclave Namens Achberg. Dorthin wendeten die spaßdurstigen Herren ihre Blicke, es war feindliches Gebiet. Eine Verschwörung ward angezettelt, ein kühner Streifzug, eine der abenteuerlichsten Spritzfahrten, die jemals auf deutschem Boden gemacht wurden, verabredet und ausgeführt. Vierzehn ehrsame bürgerliche Lindauer im Guerillakriege gegen Preußen! Es lag etwas Geniales, Romantisches Ritterliches in dem Plan, den die Geschichte des Humors und der guten deutschen Laune in ihren Jahrbüchern wird verzeichnen müssen.

Kurz also, am Morgen des zwanzigsten Juni — und es wird wohl ein recht milder, duftiger, einladender Junimorgen mit Sonnenschein und Thautropfen gewesen sein — brach das improvisirte Freicorps auf, vierzehn Mann stark, an ihrer Spitze der Advokat Hermann Bekh und der Apothekerprovisor Daßberger, der wahrscheinlich gerade seinen „freien Tag" hatte. Die Uebrigen zwölf waren Kaufleute, Kaufmannssöhne, Handwerksmeister und junges Volk aus Lindau, sammt und sonders mit Flinten und Pistolen, sicher aber auch mit allen Erfordernissen zu einem solennen Morgenimbiß unter freiem Himmel versehen. Eroberung und Annexion des feindlichen Gebietes war der Zweck. In mehreren Abtheilungen rückten die unternehmenden Mannschaften auf den Hauptort Achbergs, das Pfarrdorf Essaratsweiler los. Widerstand fanden sie nicht, ihr martialisches Aussehen, ihre entschlossenen Mienen erregten Furcht und Schrecken. Natürlich war es das Wirthshaus, das zuerst in Beschlag genommen wurde. Dort schlug man das „Hauptquartier" auf, holte sodann die dem Orte gehörenden Böller herbei und pflanzte sie in die Fenster. Dann schritt man zur Besitznahme des Landes.

Zu diesem Behufe stellten sich unsere Insulaner unter Anführung ihres „Hauptmanns" Bekh mit feierlichstem Ernste an der Ortstafel in der Mitte des Dorfes auf, und nun verkündete eine mitgebrachte Proclamtion den zusammengerufenenen, Mund und Nase aufsperrenden Achbergern, daß sie nun Bürger des neuen deutschen Bundes seien und der baierische Staat sie mit deutschem Gruße aufnehme. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die schwarz-weiße Farbe der Ortstafel in eine blau-weiße verwandelt, oberhalb derselben die deutsche und baierische Flagge angebracht und darauf gejubelt, geschossen und Hurrah gerufen,

nicht Schulden zu machen, nicht Säbelgerassel machen werde, um das Geld nach 3 Jahren im Schatz zu behalten. Was das Maximum angehe, so erwarte man davon etwas zu Gunsten des Ausgabebewilligungsrechts, währen dieses in dem fehlenden Einnahmebewilligungsrecht kranke. Das Maximum sei weder von Werth, noch annehmbar. Nehme man ein Maximum an, so werde man bald ein höheres bewilligen müssen; der Finanzminister könne sich leicht Fonds auch neben dem Staatsschatz schaffen, namentlich durch Verkauf von Staatseigenthum. Der Finanzminister habe seinen Antrag nicht für unannehmbar erklärt, er könne denselben unmöglich ablehnen.

Der Finanzminister: Er habe gehofft, Twesten würde sein Amendement fallen lassen, habe sich aber getäuscht. Die Regierung müsse dem Amendement entschieden widersprechen. Der Kriegsschatz sei, wie die Armee, eine Institution zur Sicherung des Landes, und zwar eine dauernde Institution.

Der Ministerpräsident bittet, die Vorlage weniger vom rechnungsmäßigen als vom politischen Standpunkt zu betrachten. Die Regierung lege durch dieselbe die Frage vor, ob das Haus einverstanden sei mit der auswärtigen Politik der letzten Zeit, ob es und das Volk bereit sei, die Erfolge auszubilden und nöthigenfalls für ihre Vertheidigung einzustehen. Man habe sich überzeugt, daß in die Hofburg mit dem Frieden nicht der Geist der Versöhnlichkeit eingezogen sei, im Orient seien die Verhältnisse beunruhigend. Es sei zu hoffen, daß wir Frieden behalten. Aber die Regierung müsse gerüstet sein. Im Mai sei es unmöglich gewesen, unter irgend welchen Bedingungen Geld auf Kredit zu erlangen; der Staat habe den Krieg führen können, weil eine vorsichtige Finanzverwaltung die Kassen gefüllt. Jetzt seien Lücken gerissen; das Haus möge zu ihrer Wiederfüllung den Kredit gewähren; die Regierung verspreche, darüber hinaus von dem Kredit zu keinen andern als zu Kriegszwecken Gebrauch zu machen. Sie erkläre, daß das Amendement Michaelis = Roepell den Absichten der Regierung vollständig entspreche.

Die Generaldebatte wurde geschlossen, und nach der Schlußrede des Berichterstattters (Abg. Hagen) ging man zur Spezialdiskussion über.

In der Spezialdiskussion über den 60 Millionenkrieg ergriff zu § 1 Graf Schwerin das Wort, um seine Abstimmung als ein der auswärtigen Politik der Regierung ertheiltes Vertrauensvotum zu charakterisiren. Nachdem § 1 angenommen worden war, sprach zu den §§ 2—5 der Regierungsvorlage, welcher Nr. 1—4 des Amendements Michaelis und das Unteramendement Lasker entsprechen, Abg. Michaelis, um nochmals die Annahme seines, von der Regierung acceptirten Vermittelungsvorschlages im Interesse einer verfassungsmäßigen Entwicklung unseres Staatslebens zu empfehlen. Nachdem das Amendement Twesten gegen etwa 15 Stimmen gefallen war, gelangte das Unteramendement Lasker mit großer Majorität zur Annahme, worauf das dadurch modifizirte Amendement Michaelis bei Namensaufruf mit 230 gegen 83 Stimmen (wonach sich die Angabe im Abendblatt berichtet) angenommen wurde. Der § 2 des Gesetzentwurfs lautet demnach wie folgt:

§ 2. Der Finanzminister hat der Militär= und der Marine=Verwaltung die nöthigen Geldmittel zu diesen Ausgaben (§ 1) zu überweisen.

Dieselben sind, soweit sie nicht aus den verwendbaren Beständen der General=Staatskasse und aus dem Staatsschatz, ferner aus den Kriegskontributionen und Kriegsentschädigungsgeldern entnommen, oder durch Verwerthung verfügbarer Effekten der Staatskasse bereit gestellt werden können, bis zur Höhe von Sechszig Millionen Thalern im Wege des Kredits zu beschaffen.

Aus den Kriegsentschädigungsgeldern ist jedoch zunächst der Staatsschatz mit 27½ Millionen Thalern wieder zu dotiren.

Die dem Staatsschatze durch die Kabinets=Ordres vom 17. Januar 1820 (Ges.=S. S. 21) und 17. Juni 1826 (Ges.=S. S. 57) übereigneten Einnahmen fließen, sobald die baaren Bestände desselben durch fernere Einziehungen über dreißig Millionen Thaler erhöht werden würden, den allgemeinen Staatsfonds als Einnahmen, welche in den Staatshaushalts=Etat als Dekkungsmittel aufzunehmen sind, zu.

So weit über dieselben nicht als Deckungsmittel im Staatshaushalts=Etat des betreffenden Jahres oder anderweitig unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages verfügt wird, sind sie zur Tilgung von Staatsschulden zu verwenden und an die Staatsschulden=Tilgungskasse abzuführen.

Bei der Debatte über § 7 richtete der Abg. Röpell an den Finanzminister die Frage, ob es noch in der Absicht der Staatsregierung liege, der in der Kommission ertheilten Zusage gemäß, dem nächsten Landtage ein Gesetz vorzulegen, wonach die 5½ Millionen, welche für die Grundsteuerveranlagung noch von den Grundbesitzern einzuziehen sind, diesen erlassen und aus der Staatskasse ersetzt werden sollen; der Finanzminister bejahte diese Frage; v. Vincke (Hagen) legte im Interesse der westlichen Provinzen dagegen einen, zur Zeit jedenfalls gegenstandslosen Protest ein. Das ganze Gesetz wurde schließlich, nachdem die einzelnen Paragraphen in der Fassung des Amendements Michaelis angenommen worden waren, mit großer Majorität angenommen. Schließlich wurde noch eine Anzahl Petitionen als nicht zur Berathung geeignet, beseitigt.

23. Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 26. d.

Der Minister des Innern erklärte: die Vorlagen seien erledigt zur Genugthuung der Regierung und wohl auch des Hauses; die fruchtbringende Thätigkeit sei anstrengend gewesen, beiderseits bedürfe man der Erholung. Um die Vorlagen, namentlich das Budget, vorzubereiten und die demnächstigen Berathungen nicht zu langwierig werden zu lassen, damit Raum für den norddeutschen Reichstag bleibe, halte die Regierung eine Vertagung vom 27. d. M. bis 12. November für zweckmäßig. Es werde dann die Zeit der Konstituirungsformalitäten erspart. Er bringe mittelst königlicher Ermächtigung einen dem entsprechenden Vertagungsantrag ein und bitte, noch heute Beschluß zu fassen. (Nach Art. 52 der Verf.=Urk. darf ohne Zustimmung der Kammern die Vertagung die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen.)

Der Präsident: Es liegt ein Vertagungsantrag vor, der schleunige Erledigung bedarf. Präzedenzfälle sind nicht vorhanden. Da sich indeß im Hause kein Widerspruch erhebt (Pause), was ich hiermit konstatire, so erkläre ich den Antrag für angenommen. Der Minister des Innern verließ hierauf das Haus, um den Beschluß des Herrenhauses zu extrahiren. Es wurde hierauf beschlossen, morgen noch eine Sitzung zur Wahl der Mitglieder der Staatsschuldenkommission zu halten.

Das Haus trat hierauf in die Tagesordnung, Wahlprüfungen, ein. Eine Debatte entstand über die Wahl der Abgeordneten v. Brandt und v. Hippel, deren Beanstandung vom Abgeordneten v. Hoverbeck beantragt wurde, um die in einem Proteste behaupteten Beeinflussungen der Lehrer gerichtlich feststellen zu lassen. Die Wahl wurde nach längerer Debatte beanstandet und eine die Reihenfolge der Abstimmungen bei den Abgeordnetenwahlen betreffende Resolution der Abtheilung angenommen.

Der wiedereingetretene Minister des Innern verlas hierauf eine königliche Verordnung betreffend die Vertagung beider Häuser vom 27. d. M. bis 12. November.

12. Sitzung des Herrenhauses am 26. d. Mts.

Vor der Tagesordnung erhält der Minister des Innern, Graf Eulenburg das Wort, um den kurz zuvor im Abgeordnetenhause eingebrachten Antrag auf Vertagung des Landtags vom 27. September nebst der königlichen Ermächtigung zu verlesen. Das Haus tritt dem Antrage ohne Debatte bei, worauf Seitens des Ministers die Verlesung der königlichen Verordnung über die Vertagung des Landtags erfolgt. — Bei Eintritt in die Tagesordnung wird zunächst das in der letzten Sitzung zum Invaliden=Gesetz gestellte Senden'sche Amendement zu der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution in nochmaliger Abstimmung angenommen. — Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanz=Kommission über den Gesetzentwurf betreffs der Darlehnskassen. Die Kommission schlägt vor, dem Gesetz=Entwurf wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, die Zustimmung zu ertheilen. Referent Herr Mevissen motivirt den Kommissions=Antrag, Herr Dr. Dernburg berührt in seiner Rede die früheren Konflikte zwischen Abgeordnetenhaus und Regierung, und freut sich über deren Beilegung. Herr v. Meding befürwortet die in der Minorität gebliebene Resulution, welche dem Staatsministerium den besonderen Dank des Hauses votirt. Herr v. Senfft=Pilsach stellt einen förmlichen Antrag zu Gunsten dieser Resolution. — Herr Mevissen beharrt dabei, einfach den Kommissions=Antrag zu emphelen. — Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes werden ohne Debatte angenommen, desgleichen die Resolution, welche Herr v. Waldaw=Steinhöfel noch mit einigen Worten zur Annahme empfohlen hat. — Der Finanzmister v. d. Heydt nimmt darauf Gelegenheit, dem Hause den Dank der Regierung auszusprechen für die gerechte und warme Anerkennung, welche die Verordnung über die Darlehnskassen hier gefunden hat. — Die Gesetzentwürfe wegen Fortdauer des Anschlusses von Anhalt, Luxemburg, Bremen und das Amt Volkenrade an das Zoll= und Steuersysten Preußens resp. des Zollvereins werden ohne Debatte genehmigt. — Ueber den Gesetz=Entwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär= und Marine=Verwaltung ist Herr v. Waldaw=Steinhöfel zum Referenten ernannt. Derselbe motivirt den Antrag der Kommission, dem Gesetzentwurfe, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, die Zustimmung zu ertheilen und weist dann auf den gestrigen Beschluß des Abgeordnetenhauses hin, der den langen Zwiespalt zwischen diesem Hause und der Regierung beendet, die jahrelange Opposition in Vertrauen umgewandelt und damit dargelegt habe, daß es Fragen giebt, über welche im Lande Uebereinstimmung herrsche, und Interessen, denen gegenüber das Volk eine Meinungsverschiedenheit nicht dulde. — Herr von Below rühmt die Erfolge der äußeren Politik, Herr v. Senfft=Pilsach die Musterwirthschaft der Militär= und Marine=Verwaltung, die Preußen zu seinen großen Leistungen in den Stand gesetzt habe. — Nachdem noch Herr Mevissen und der Referent den Kommissionsantrag befürwortet haben, erfolgt dessen Annahme einstimmig. — Herr v. Franckenberg=Ludwigsdorf bringt dem Präsidenten den Dank des Hauses dar und dieser schließt um 12¾ Uhr die Sitzung mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den König, in welches das Haus dreimal einstimmt.

Zur Situation.

Die Verhandlungen mit Sachsen haben sich, wie man uns aus Berlin mittheilt, abermals zerschlagen, indem Graf Bismarck mit Erfolg gegen die sehr milden Bedingungen Einspruch erhob, welche man dem König Johann zuzugestehen geneigt war. — Auch die „N. A. Z." erklärt offiziös, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen ein Resultat derselben noch gar nicht abzusehen sei.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 26. September. Der Ministerpräsident Graf v. Bismarck hat sich a. 25. d. nach Vorpommern begeben, um dort den ihm ärztlich angerathenen Landaufenthalt zu nehmen. — Man schreibt der „Wes.=Ztg." aus Süddeutschland: Nachrichten aus München schildern den Zustand des jungen Königs sehr bedenklich. Das eigenthümliche Treiben auf der Roseninsel im Starnberger See soll ernstere Ursachen haben, als unnatürliche Schwärmerei für die Wagnersche Musik. Die Lage Bayerns giebt viel zu denken und es könnte wohl sein, daß die Verleihung des Hubertusordens an Graf Bismarck andere Gründe hätte, als das Münchener Publikum und die Wiener Presse meint.

— Das „Fr. J." theilt mit, daß die in Cassel wohnenden Landtagsmitglieder Nebelthau, Oetker II., Henkel u. A. unter dem 19. d. ein Actenstück unterzeichnet und unter Erlangung nachträglicher Zustimmung an alle übrigen Mitglieder der jetzt vertagten Ständeversammlung geschickt haben, in welchem die dermalige Landes=Administration gebeten wird, „dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Regierung der kurhessischen Landestheile während der bevorstehenden Uebergangsperiode bis zur Einführung der preuß. Verfassung (1. October 1867) unter Mitwirkung der Landesvertretung geführt werde."

— Den 27. Sept. Nach der „Prov.=Corr." steht in Kurzem die Veröffentlichung des Patents der Besitzergreifung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. bevor, durch welches der König die Angehörigen dieser Länder als neue preußische Bürger begrüßt. Ehe Sachsen zuverlässige Bürgschaften gegen die Wiederkehr der Gefahren geboten, welche bei dem jüngsten Kriegsausbruch Preußen und Norddeutschland bedrohten, steht der Friedensschluß nicht in Aussicht. — In der Eintheilung der Armee stehen, wie Berliner Blätter hören, mit nächstem einzelne Veränderungen bevor. Nach den gemachten Kriegserfahrungen sollen sich die Brigade=Verbände als der Taktik wesentlich hinderlich herausgestellt haben, und in Wegfall kommen. Nicht allein, daß die Beibehaltung der vierten Bataillone bei der Infanterie, den Regimentscommandeuren in Zukunft einen ausgedehnteren Wirkungskreis beilegt, so soll den Letzteren durch obige Anordnung auch eine größere Selbstständigkeit geschaffen werden. Damit im Zusammenhange steht, daß künftig den Regiments=Commandeuren ein gleicher Rang, wie den bisherigen Brigadiers, nämlich als Generalmajor, zu Theil werden soll. — Den Regierungen des Zollvereins ist von hier aus mitgetheilt worden, daß auf Grund des Prager Friedens die Zoll= und Steuerverhältnisse zwischen Oesterreich und dem Zollverein wieder hergestellt sind nach den Bestimmungen des zuletzt abgeschlossenen Vertrages. Die Steuerämter sind sowohl von österreichischer als von zollvereinlicher Seite angewiesen worden, darnach zu verfahren.

Leipzig. Unter der Ueberschrift: „Entlaßt unsere Soldaten in die Heimath" bringt die „D. A. Z." einen Mahnruf an die sächsische Regierung und eine Schilderung der täglich sich trauriger gestaltetenden Lage des sächsischen Militärs in Oesterreich, wovon die einlaufenden Soldaten=Briefe ein unwiderlegliches Zeugniß ablegen. Die „D. A. Z." schreibt: „Die anfänglich sehr gehobene Stimmung sowohl in den Kreisen unserer Truppen selbst als auch ihrer österreichischen Bundesgenossen und Wirthe gegen sie ist in der langen Zeit erst mehr und mehr ermattet, zuletzt sögar in das Gegentheil umgeschlagen. Was „Dank vom Hause Habsburg" heißen will, ist bekannt; aber es scheint, die Völker Oesterreichs sind nicht besser als seine Diplo=

---

daß Niemand sein eigenes Wort hören konnte. Als dieser feierliche Act vorüber war, begannen erst die Verhandlungen mit den einzelnen Würdenträgern des Ortes. Die Civilcommissaire der Armee begaben sich vor das Pfarrhaus und unterhandelten in Abwesenheit des Herren Caplans mit den beiden Haushälterinnen desselben; von da ging man zu dem Lehrer und eröffnete dem von Furcht und Zittern befallenen Manne, daß die neue Regierung von Achberg vor der Hand gegen seine Bestätigung nichts einzuwenden habe. Nur der zweiundachzigjährige Förster protestirte mit großer Lebhaftigkeit und wollte erst die Legitimation der „Reichscommissaire" sehen. Daß dann der Rückmarsch erst Abends angetreten wurde, nachdem die Annexion noch schließlich durch eine großartige Kneiperei mit den Achbergern im Wirthshause vollzogen war, versteht sich von selbst.

Die so plötzlich und ohne jedes Blutvergießen vollführte That hatte aber doch eine ernste Folge. Der Staatsanwalt hatte kein Verständniß für die romantische Landfahrten der Lindauer und erhob eine Anklage. Am 6. September fand in Kempten die öffentliche Verhandlung statt. Verführer und Verführte erhielten aber nur geringe Strafe, da die preußische Regierung ohnedies einen Strafantrag nicht gestellt hatte.

matie. Nicht blos die militärische Ehre unserer wackern Armee wird schnöde angetastet, nicht blos ihre religiösen Gefühle werden auf das tiefste verletzt, da, wie mehrmache Briefe sich beklagen, das Volk (hoffentlich nur das niedere), angestachelt von zelotischen Pfaffen, in ihnen nur noch die „Ketzer" sieht und sich darum gleichgültig, wo nicht argwöhnisch oder feindselig von ihnen abwendet. Nein, auch der nächste dringendste Bedarf — von Behagen nicht zu reden — die nackte Nothdurft des Lebens wird ihnen kaum gewährt, und sie leiden förmlich Noth, hungern und darben, müssen die Unbilden der immer rauher werdenden Witterung ertragen, ja sind — wie eben geklagt wird — infolge dessen großentheils von Siechthum oder gar von ansteckenden Krankheiten heimgesucht — und weder ihre Angehörigen, die so gern ihnen Linderung dieser Leiden gewährt, noch dem Vaterlande, das sie so gern wieder in seinen Schooß aufnähme und die vielfachen Veranstaltungen für sorgliche Pflege fremder Krieger so gern auch den eigenen Landeskindern zu gute kommen sähe, vermögen für sie, auf so weite Entfernung hin, etwas Genügendes zu thun."

Das sächsische Blatt bemerkt noch mit Recht: „Fragt man sich nun aber, was eigentlich mit dieser verlängerten Beisammenhaltung eines aufs höchste gesteigerten Armeebestandes erreicht oder bezweckt werden solle, so fällt es schwer, eine Antwort darauf zu geben. Selbst den äußersten Fall angenommen, der sächsische Hof hielte es für angemessen, die von Preußen gestellten Friedensbedingungen zurückzuweisen, glaubt man denn wirklich, daß das Vorhandensein einer sächsischen Armee von 20—25,000 Mann irgendwo außerhalb der Grenzen Sachsens eine Thatsache von der Art sei, um einen Druck auf Preußen zu üben, dasselbe zur Milderung seiner Forderungen zu zwingen? Im Gegentheil! In Berlin wird man recht wohl wissen, daß diese Armee außer Landes nur eine von Tag zu Tag wachsende Verlegenheit für den sächsischen Hof ist, und daß, je länger dieser Schwebezustand dauert, um so unhaltbarer derselbe und um so drängender daher gerade für den sächsischen Hof die Nothwendigkeit wird, um jeden Preis nachzugeben." Leider! muß man sagen, rührt sich die öffentliche Meinung in Sachsen noch lange nicht energisch genug gegen eine Thatsache, die allmälig zum öffentlichen Skandal für das ganze Land wird.

Oesterreich. Die „Presse" schreibt: „Daß Oesterreich den Vorgängen in der Türkei nicht gleichgültig zusehen kann, begreift sich wohl von selbst. Unsere Diplomatie soll der orientalischen Frage gegenüber auf dem besten Wege sein, zur Politik Eugen's von Savoyen zurückzukehren. Wir wünschten, daß, wie auf so vielen anderen Gebieten, auch rücksichtlich dieser nunmehr wohl bald spruchreifen Frage niemals die Metternich'sche Weisheit die Oberhand gewonnen hätte, und wir fürchten, daß es zum Wiederbetreten des besseren Weges leider schon zu spät geworden sein dürfte, um bei der etwaigen Theilung der Habe des kranken Nachbars Oesterreich den vollen Antheil zu sichern." — Demselben Blatte zufolge nehmen die Friedensverhandlungen mit Italien nunmehr einen günstigeren Verlauf. Die Entschädigungsfrage ist in der Konferenz vom 20. d. Mts. in ihren wesentlichsten Punkten gelöst worden, ohne daß es nothwendig gewesen, an den Schiedsspruch Frankreichs zu appelliren oder der Einmischung des preußischen „Gesandten in spezieller Mission" einen allzugroßen Spielraum zugestehen. Was darüber Gegentheiliges verbreitet werde, beruhe auf bloßer Konjektur oder charakterisire die Auskunftsmittel, die man in Aussicht genommen, falls eine Verständigung zwischen den unmittelbar Betheiligten nicht zu erzielen gewesen wäre. Nun dieselbe aber zu Stande gekommen, würden auch die Fragen zweiten Ranges schleuniger erledigt werden können.

— Der Exkönig Georg hat nach der „Pr." a. 22. in der „neuen Welt" mit 22 getreuen Hannoveranern gespeist zu Ehren einer Deputation, welche ihm von Hannover eine Ergebenheitsadresse überbracht hatte. Georg sagte in seiner Toastrede, er baue auf die Gerechtigkeit Gottes, daß sie das Haus der Welfen wieder in die Burg seiner Väter zurückführen werde.

Griechenlnd. In Athen (d. 21.) zunehmende Aufregung wegen Kandia. Der dortige Aufstand ist im Wachsen. Die kandiotische Nationalversammlung in Sphakia beschloß die Abschaffung der türkischen Herrschaft und Einverleibung in Griechenland. Abermals sind mehrere Kretenser von hier nach Kreta abgegangen, darunter befinden sich mehrere Rittmeister, denen ein sechsmonatlicher Urlaub bewilligt wurde. Der türkische Gesandte richtete eine neue Note an die griechische Regierung. Die Kammer soll Ende d. M. einberufen werden. — Neueste Berichte aus Kandia melden: Das egyptische Korps sei von dem türkischen getrennt und blockirt. In den zwei Schlachten von Apocorono und Selino nahmen die Griechen 10 Kanonen und 4 Fahnen. Die türkische Armee wurde von den Insurgenten bis unter die Kanonen des Forts von Kandia verfolgt.

Türkei. Nach einer offiziellen Mittheilung sind in Kandia die kaiserlichen Truppen durch Insurgenten angegriffen worden, welche nach zweitägigen Kämpfen geschlagen wurden, 650 Todte und 1120 Verwundete verloren. Die Insurgenten hatten 7000 Gewehre und 300 Pulverfässer aus Syra erhalten. — Der Erzbischof-Primas von Konstantinopel ist zum Patriarchen Syriens und Ciliciens ernannt worden. Eine Fusion der armenischen mit der unirten Kirche hat stattgefunden.

Rußland. Der alte Schamyl hat vor Kurzem in Kaluga, seinem gezwungenen Aufenthaltsorte, den Eid als russischer Unterthan geleistet und der „Invalide" verspricht sich hiervon einen heilsamen Einfluß auf die muselmännische Bevölkerung welche hieraus lernen werde, die Religion von den Pflichten der Unterthanen gegen den Staat zu trennen." Der „Invalide,, hat da ein arges Pasquill auf sich und seine Partei geschrieben, denn diese Partei will noch von solcher Trennung nichts wissen; die heilige orthodoxe Kirche und ihre Bekenner gelten ihr allein als gute Unterthanen und sie muß Schamyl aufsuchen, um wieder einmal zu der Erkenntniß zu gelangen, daß Religion und Staat nichts miteinander gemein haben. Der alte Tscherkessenhäuptling hat bei dieser Gelegenheit ein sehr blumenreiches Schreiben an den Kaiser geschickt.

Italien Seit dem 18. Sept. blickt ganz Italien mit Besorgniß nach dem Süden, doch der Telegraph versagt hartnäckig seinen Dienst. Fest steht, daß die Insurgenten fast im Besitze der ganzen Stadt Palermo sind, daß die Garnison, 1500 Mann, von allen Seiten bedroht, sich um die Behörden schaarte, die sich in den königl. Palast geflüchtet hatten. Die Insurgenten sind im Besitz der untern Stadt. Es sind dies dieselben Stellungen, wie 1860 vor dem Waffenstillstande, als die Bourbonisten im Palaste von Garibaldi eingeschlossen waren. Die Insurgenten haben die rothe Fahne aufgepflanzt, ihr Wahlspruch ist die Republik, doch sollen die Banden vorzugsweise von den Klöstern ausgerüstet worden sein, weil diese vor ihrer Auflösung noch ein Wort mit dem Könige reden wollen. Die Klöster sind auf Sicilien, wie bekannt, noch im Vollgenusse ihrer mittelalterlichen Güter, ihres Einflusses und Inhaber eines vollen Drittels des Grundeigenthums auf Sicilien. Die Rothen tragen bei diesem Unternehmen ihre Haut zu Markte, die Schwarzen liefern die Mittel. Das Erste, was geschah, war die Zerstörung der Eisenbahnen. Ob es ihnen gelingt, eine provisorische Regierung zu Stande zu bringen, steht abzuwarten; bisher sind die Städte dem Könige treu. Leider hat das Florentiner Cabinet sich überraschen lassen und eine Fahrlässigkeit gezeigt, welche den schärfsten Tadel findet: an warnenden Stimmen hat es nicht gefehlt. Jetzt gehen 30,000 Mann nach Sicilien.

— Der Aufstand in Palermo ist niedergeschlagen.

Provinzielles.

Marienwerder, den 23. September. (Gr. G.) Die hiesige Kgl. Regierung hat unterm 15. d. Mts. den Schulinspectoren zur Mittheilung an die Lehrer nachstehende Schriftstücke zugefertigt:

„In der nebst Anlagen zurückerfolgenden Immediat-Vorstellung über welche Ew. Kgl. Majestät unsern Bericht zu erfordern geruht haben, bitten 21 Zöglinge des evgl. Schullehrer-Seminars in Oranienburg um sofortige Einstellung in die Armee. Diese Bitte datirt vom 26. Juni d. J. und ist ein schöner Beweis von der patriotischen Gesinnung dieser Seminaristen, die zu einer Zeit, wo die Entscheidung der Geschicke des Vaterlandes durchs Schwert bevorstand, mit Hintenansetzung aller persönlichen Vortheile, an dieser Entscheidung Theil zu nehmen wünschten. Inzwischen haben sich unter Gottes gnädiger Führung die Verhältnisse geändert; das Vaterland bedarf augenblicklich nicht des streitbaren Armes dieser Jünglinge, sondern erwartet, daß sie in den von ihnen erwählten Lebensberuf eintreten, um als Lehrer die Jugend des Volkes für das Heer erziehen zu helfen in Gottesfurcht und Treue. Ew. Königl. Majestät Armee, die jetzt gekämpft und gesiegt hat, ist durch die preußische Volksschule hindurch und aus derselben hervorgegangen; die Seminaristen, welche in den Stunden der Gefahr bereit waren, in Ew. Kgl. Majestät Armee das Leben einzusetzen für König und Vaterland, werden in der Zeit des Friedens als Lehrer ihre Schuldigkeit zu thun wissen in der Schule, an der Jugend des Volkes in Waffen. Ew. Kgl. Maj. bitten wir ehrfurchtsvoll, durch huldreiche Vollziehung der im Entwurf beigefügten Allerhöchsten Ordre uns zur angemessenen Bescheidung der betreffenden Zöglinge des Schullehrer-Seminars in Oranienburg erchächtigen zu wollen.

Berlin, den 27. August 1867.

(gez.) v. Roon v. Mühler.

An

Seine Majestät den König."

„Auf den Bericht vom 27. d. Mts. ermächtige ich Sie, die Zöglinge des evangel. Schullehrer-Seminars zu Oranienburg, welche in der nebst Anlage zurückerfolgenden Immediat-Vorstellung um sofortige Einstellung in die Armee gebeten haben, unter den inzwischen veränderten Verhältnissen auf ihren Antrag zwar ablehnend zu bescheiden, ihnen aber auch eröffnen zu lassen, wie ich von ihrer patriotischen Bereitwilligkeit, in Meiner Armee das Vaterland vertheidigen zu helfen, mit Wohlgefallen Kenntniß genommen habe. Was Sie in dem Bericht im Allgemeinen über die Aufgabe und Wirksamkeit der Volksschulen bemerken, hat meine Billigung und beauftrage ich Sie, den Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten, Ihren Immediat-Bericht und diese Meine Ordre zur Kenntniß der Schulverwaltungsbehörden und des Elementarlehrerstandes zu bringen.

Berlin, den 30. August 1866.

(gez.) Wilhelm.

(ggez.) v. Roon. v. Mühler.

An

den Kriegsminister und den Minister der geistlichen ꝛc Angelegenheiten."

Königsberg, den 24. September. (K. H. Z.) Die fünf Preßprozesse, in welchen gestern Audienz-Termine vor dem ostpreuß. Tribunal anberaumt worden waren, kamen nicht zur Verhandlung, indem die Appellanten, in einzelnen Prozessen die Staatsanwaltschaft, in den anderen die Angeklagten, wegen der mittlerweile ergangenen Amnestie für Preßsachen, die eingelegten Rechtmittel zurückgezogen hatten.

Lokales.

— **Stadtverordneten-Sitzung am 26. d. Mts.** Vorsitzender Herr Kroll; — im Ganzen 25 Mitglieder anwesend. — Vom Magistrat Herr: Stadtrath Hoppe.

Der Magistrat beantragt, da die ausgeworfenen Summen bereits erschöpft sind, eine Erhöhung des Etats pro 1866 bei Tit. VI. pos. 6. (Druckosten für Bekanntmachungen ꝛc.) um 100 Thlr., sowie bei Tit. VII. pos. 8 (zu verschiedenen kleinen Polizei-Bedürfnissen) um 25 Thlr. Die vorzeitige Verausgabung bei letzterer Pos. ist hauptsächlich durch die Zahlungen an die Feuerwehrmänner bewirkt, welche Zahlungen früher nicht vorgekommen sind. Die Etatserhöhungen werden bewilligt. — Nach dem Betriebsbericht der Gasanstalt pro Juni c. sind 216,200 Kbfß. Gas, 147,000 Kbfß. von Privaten, 14,400 Kbfß. vom Bahnhofe konsumirt. — Die Brückengeld-Einnahme betrug im August c. 1174 Thlr. 10 Sgr., pro Tag im Durchschnitt 37 Thlr. 26 Sgr. 6 Pf. — Der Magistrat beantragt die Administration der Brückengeld-Einnahme weiter bis zum Jan. 1867 fortbestehen zu lassen. Die Vers. ist hiermit einverstanden. Während der Administrationszeit, v. 18. Jan. bis 31. Aug. cr. betrug die Einnahme vom Brückengelde 8050 Tlr. 25 Sgr. 4 Pf., welche Summe zu gleichen Häiften von den Brückengeld-Einnahmen abgeführt worden ist. — Der Zuschlag zur Lieferung des Beleuchtungs-Materials (1 Ctnr. Oel, 1/2 Ctnr. Lichte) für die Kämmerei im Winter 1866/7 wird Herrn Fabrik. Ad. Leetz, sowie zur Lieferung von 425 Klftr. Kiefern-Klobenholz (per Klftr. à 4 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf.) Herrn Modzejewski ertheilt. — Der Feuerkassen-Rechnung pro 1865 wird zwar die Decharge ertheilt, jedoch gleichzeitig der Magistrat um Auskunft darüber ersucht, ob das Kassen-Kuratorium bei einer Finanz-Operation, sowie bei 2 geleisteten Brandentschädigungszahlungen um seine Zustimmung befragt worden sei. — Der Magistrat legt der Vers. den Entwurf eines Kontraktes vor, welcher zwischen jener Behörde und dem zeitigen Besitzer der Rathsbuchdruckerei abgeschlosseu werden soll. Die Vers. vertagt ihren Beschluß und ersucht den Magistrat, zu ihrer Information in anderen Städten Erkundigungen einziehen zu lassen, wie es daselbst mit dem Austhun von Drucksachen, als z. B. von Bekanntmachungen, Insertionen ꝛc. gehalten werde. — Nach Beschluß der Vers. soll die Feier des Janitzen-Festes im nächsten Monat, Oktober cr., statthaben. In die gemischte Commission zum Arrangement des Festes wurden seitens der Vers. gewählt die Herren: Adolph, B. Meyer, Dr. Meyer und C. Wendisch. — Dem Antrage der Vers. aus v. Sitz., das neue Schulgebäude auf der Jakobs-Vorstadt nicht auf der Stelle des alten, sondern an einer andern an der Leibitscher Chaussee liegenden, erst zu ermittelnden Stelle, zu erbauen, stimmte der Magistrat nicht bei, sondern empfahl die alte Stelle, weil sie für das neue Gebäude groß genug sei, beizubehalten. Im Ganzen erachtete die Vers. die Gründe des Magistrat als zutreffend, ersuchte ihn aber den Bauplan für das neue Gebäude, da derselbe bemängelt wird, nochmals durch die Schul-Deputation prüfen und dann zur endgültigen Beschlußnahme der Vers. zugehen zu lassen. — Ein an die Vers. gerichtetes Privatgesuch wird dem Magistrat (Polizei-Verwaltung) zur Berücksichtigung überreicht. — Der Magistrat übersendet der Vers eine Vorlage betreffs der Wahl eines Stadtbauraths. Aus derselben erhellt, daß der Magistrat im Widerspruch mit den Beschlüssen der Vers. v. 20. Juni und 11 Juli c., derengemäß der Erlaß eines Konkurrenzausschreibens um besagte Stelle erst nach dem vollständigen Eintritt friedlicher Verhältnisse erfolgen sollte, das besagte Schreiben, ohne hievon der Vers. irgend welche Kenntniß zu geben, schon am 3. v. Mts. publizirt uud die Präclusiv-Frist für die Meldungen bis zum 10. d. Mts. festgestellt hatte. Bis zu diesem Termine haben sich 9 Bewerber gemeldet. Die Vers. verschiebt die Wahl in der Erwartung, daß die Zahl der Bewerber sich seit Herstellung des Friedens noch mehren werde, und ersucht deshalb den Magistrat das Konkurrenzausschreiben nochmals zu veröffentlichen, und zwar außer in den schon hierzu benutzten Zeitungen auch durch die Bromberger- und die Königsb. Hart.-Ztg. Schließlich findet sich die Vers. dem Magistrate gegenüber zu der Erklärung veranlaßt, daß sie das bezüglich des Konkurrenzausschreibens von letzterem eingeschlagene Verfahren, weil den vorerwähnten Beschlüssen der Vers. widersprechend, als gesetzlich nicht erachte. Die Vers, das sei sei noch nebenbei bemerkt, wünschte dies Verschieben des Konkurrenzausschreibens bis zur Herstellung vollständig friedlicher Verhältniße mit Rücksicht auf den Umstand, daß sehr viele Architekten hatten in das Heer eintreten müßen.

— **Eisenbahn-Angelegenheiten.** Die vom Verwaltungsrathe der Ostpreußischen Südbahn auf der Strecke Königsberg-Bartenstein vergangenen Sonntag veranstaltete Eröffnungs-Feier verlief aufs befriedigendste. Der Zug mit den Notablitäten der Stadt und Umgegend wurde auf allen Stationen festlich empfangen nnd kehrte ohne Unfall und Störung wieder hierher zurück.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Eisenbahn-Verkehr.** Die „Od.-Ztg." schreibt: Bei den in letzter Zeit häufigen Militairtransporten hat sich herausgestellt, daß die Wagen 4. Klasse, auch wenn in denselben Sitzplätze eingerichtet sind, ganz bequem die vorgeschriebenen 25 Personen fassen können. Könnten nicht aus Humanitätsrücksichten die Einrichtungen zum Sitzen, wo sie einmal getrtoffen sind, auch für das die 4. Wagenklasse benutzende Publikum fortbestehen bleiben? Ein Ausfall an der Einnahme dürfte daraus schwerlich erwachsen. — Wie die „Osts.-Ztg." hört, werden die beiden Zweigbahnen der Berlin-Stettiner Bahn, Pasewalk-Mecklenburger Grenze und Neustadt-Wrietzen, am 1. December eröffnet werden.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 27. September. Temp. Wärme 13 Grad. Luftdruck 2 Zoll 3 Strich. Wasserstand — Fuß 3 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

In unserm Einwohner-Meldeamte befinden sich eine Menge Gesinde-Dienstbücher, die größtentheils bei Gelegenheit der polizeilichen Meldung dort zurückgelassen worden sind.

Die Inhaber der vorgedachten Dienstbücher fordern wir auf die letzteren binnen 4 Wochen von unserm Einwohner-Melde-Amte abzuholen. Nach Ablauf dieser Frist, werden die daselbst noch zurückgebliebenen Dienstbücher vernichtet werden.

Thorn, den 24. September 1866

Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Für das 4. Vierteljahr 1866 werden folgende Holzverkaufstermine, in welchen auch Bauholz und Stangen verkauft werden, angesetzt:

I. Im Kruge zu Barbarken

für das Barbarker und Smolniker Revier
der 3. Oktober 1866
„ 31. „ „
„ 5. Dezbr. „

II. Im Kruge zu Czarnowo

der 14. November 1866.

III. Im Kruge zu Renczkau

der 17. Oktober 1866
„ 28. November „
„ 19. Dezember „

(II. und III.:) für das Steinorter und Guttauer Revier.

Thorn, den 25. September 1866.

Der Magistrat.



Heute Morgen 4 Uhr verschied nach langen schweren Leiden unsere liebe Frau u. Mutter **Auguste Lucht** geb. **Dahlweid**.

Theilnehmenden Freunden und Bekannten widmen tiefbetrübt diese Anzeige

Lissomitz, d. 27. Septbr. 1866

die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag den 1. October Mittags 1 Uhr auf dem evangelischen Kirchhofe in Gremboczyn statt.

Heute am Freitag den 28. September um 4½ Uhr findet eine

General-Versammlung

wegen Wahl eines neuen Locals statt.

Der Vorstand der Lesegesellschaft.

Stadttheater in Thorn.

Freitag und Sonnabend bleibt die Bühne geschlossen, wegen Vorbereitung zur Geister und Gespenster-Erscheinung.

Sonntag große Abschieds-Vorstellung mit ganz neuem Programm.

Gebrüder Matula.



Eine gold. Kapsel an einem schwarzen Sammetbändchen ist auf dem Wege von der Gerechtenstraße nach dem Ziegeleigarten verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten dieselbe gegen 1 Thlr. Belohnung Gerechte-Straße Nr. 103 abzugeben.

Durch vortheilhafte Einkäufe begünstigt, empfehle ich mein gut assortirtes Lager von feinen Perl-Mocca-, Menado-, braunem, gelbem und grünem Java-Kaffee, feinen Raffinaden und Melis, feinem Imperial- und Pecco-Blüthen-Thee, diversen Sorten Stearin- und Paraffin-Lichten, Bremer und Hamburger Cigarren, Ungar-, Bordeaux- und Rheinweinen, altem Jamaica-Rum und Arac, Schweizer- und Kräuter-Käsen, sowie sämmtlichen Colonial-Waaren zu den billigsten Preisen en gros & en détail.

Adolph Raatz.

4000 Thaler werden zur ersten Stelle eines Grundstücks, das 15,000 Thaler an Werth ist, gesucht. Näheres in der Expedition d. Bl.

Eine Wohnung ist zu vermiethen. Klein Mocker. **Rohdies.**

Schulbücher.

Eine Menge Schulbücher, griechische und latein. Klassiker, namentlich aber **griechische** und **lateinische Wörterbücher**, neue Auflagen, elegant gebunden, habe ich antiquarisch erworben und verkaufe solche zu billigen Preisen

die Buchhandlung von **Ernst Lambeck.**

AUCTION.

Umzugshalber sollen Montag den 1. Oktbr., von 9 Uhr früh ab Heilige-Geist-Str. 172, 2 Tr. h. im Hause des Wagenfabrikanten Herrn **Engel** ein Flügel und das sämmtliche Haus- und Küchengeräthe versteigert werden.

Hiermit zur gefälligen Kenntniß geehrter Patienten, daß ich in einigen Tagen in Thorn wieder eintreffen werde. Mein Aufenthalt wird unbefähr 8 Tage dauern und bitte ich daher um baldige Anmeldungen.

Zahnarzt H. Vogel
aus Berlin.

So eben erschien und ist in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** vorräthig:

Schultze und Müller auf dem Kriegsschauplatze.

2. Heft. Preis 5 Sgr.

Für Erwachsene!

und junge Eheleute ist das berühmte Werkchen: Der Mensch und seine Selbsterhaltung oder aufrichtige Belehrungen über Liebe und Ehe, geheime Krankheiten zc. Mit Angabe der Heilmittel von Dr. Rob. Smith (Preis 15 Sgr.) ein vorzüglicher Rathgeber. Verlag von S. Mode in Berlin, zu haben in allen Buchhandlungen Deutschland's in Thorn bei **Ernst Lambeck.**

Alle Diejenigen, welche der **J. L. Dekkert'schen Concurs-Masse** etwas schulden, werden aufgefordert **innerhalb 8 Tagen** bei Vermeidung **der Klage Zahlung zu leisten.**

H. Findeisen,
einstweiliger Verwalter der J. L. Dekkert'schen Concurs-Masse.

Ein Flügel ist zu vermiethen Nr. 145 im Geschäfts-Lokal.

300 Thlr.

werden auf 1 bei Thorn belegenes ganz schuldenfreies ländl. Grundstück (Werth 5000 Thlr.) zu leihen gesucht. Näheres bei

Max Rypiński.

Der hiesige an der Poststraße belegene **Krug nebst Gaststall** soll von Martini d. J. ab verpachtet werden. Hierauf Reflectirende werden ersucht, sich hier persönlich zu melden.

Gronowo, den 24. September 1866.

Das Dominium.

Durch das in dem Buche: **„Keine Hämorrhoiden mehr!“** empfohlene ausgezeichnete Mittel wurde ich von meinen Hämorrhoidalleiden ganz und gar befreit und halte ich es für meine Pflicht, jedem Hämorrhoidarius diese nützliche Schrift, welche in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** für 5 Sgr. vorräthig ist, zu empfehlen. Pfarrer N . . . .

Am 2. k. Mts. von 9 Uhr Morgens am werde ich in dem Hause des Herrn v. Janiszewski Heil. Geiststraße 201/3 meinen Ameublement, bestehend aus einem Fortepiano, Sophas, Tischen, Stühlen, Bettgestellen, Spinden zc. und mein Haus- und Küchengeräth öffentlich meistbietend gegen baare Bezahlung verkaufen.

Thorn, den 17. September 1866.

Beyerle.

Auction.

Sonnabend den 29. d. sollen Gerechte-Str. Nr. 123 umzugshalber verschiedene Möbel und Hausgeräthe meistbietend gegen baare Bezahlung verkauft werden.

Geübte Arbeiterinnen sucht **Moritz Kleemann** Culmerstr.

Annaberger Gebirgskalk

fortwährend frisch ab meinem Lager, die 2scheffige Tonne mit 1 Thaler,

Oberschlesischen Gebirgskalk

die Waggonladung von 60 Tonnen ab Bahnhof Thorn, offerirt zum Preise von 42 Thalern

C. B. Dietrich.

Dachpappen,

feuersichere bester Qualität, empfiehlt billigst

M. Schirmer.

Alle Diejenigen, welche der **A. Böhm**'schen Concurs-Masse noch etwas schulden, fordere ich zur Zahlung binnen 8 Tagen auf, widrigenfalls ich klagbar werden muß.

Thorn, den 18. September 1866.

H. Findeisen,
Verwalter der Masse.

Das Berliner Möbelmagazin

ist durch Zusendung auf das Reichhaltigste assortirt und empfehle ich die elegantesten wie einfachsten Möbel und versichere die billigsten Preise zu stellen.

W. Berg.
12. Brückenstraße 12.

Anerkennung.

An das Haupt-Depot der Dr. Davison'schen Königl. Preuß. concessionirten neuen Zahntropfen.

Cassel, den 11. November 1865.

Den Rest meiner Bestellung von 2000 Fl. erwarte seither vergebens, und befinde mich augenblicklich in nicht geringer Verlegenheit, da mein Lager vollständig geräumt und Nachfrage in letzter Zeit eine stärkere war. Ich habe kürzlich etnige 50 Niederlagen errichtet und gedenke in nächster Zeit noch einige 20 zu errichten u. s. w., u. s. w.

Außerdem erbitte mir die von meinem früheren Auftrage noch fehlenden 2000 Fl., damit ich für einige Zeit der Nachfrage genügen und neue Niederlagen errichten kann. — Dann belieben Sie gefälligst sofort nach Empfang dieses, 100 ¼ Flaschen an die Herren Bohlen u. Comp. in Bremen per Post abzusenden. Das genannte Haus pressirt sehr und bitte ich deshalb um schleunige Absendung.

In Erwartung ihrer gef. Sendung zeichnet achtungsvoll **Louis Glocke,**
Wilhelmshöher Allee 17.

Zu haben in Thorn bei **Ernst Lambeck.**

Ausverkauf

des **J. L. Dekkert'schen Cigarren- und Tabaks-Lagers** zu herabgesetzten Preisen.

H. Findeisen,
einstw. Verwalter der J. L. Dekkert'schen Konkurs-Masse.

Araberstraße Nr. 120 ist eine Wohnung parterre zu 220 Thlr. oder eine andere eine Treppe hoch zu 350 Thlr. zu vermiethen. Näheres daselbst, zwei Treppen hoch.

Die von Herrn Lieutenant **v. Pelchrzim** bewohnt gewesene Wohnung Gerechtestraße Nr. 103 ist vom 1. Oktober ab zu vermiethen.

R. Hesselbein.

Eine möblirte Stube mit Beköstigung ist sogleich zu vermiethen. Gerstenstr. 96.

Ein möblirtes Zimmer, nebst Kabinet, auch Burschengelaß und Pferdestall, ist zu vermiethen Tuchmacherstraße Nr. 185, 2 Trepp. h.

Ein möblirtes Zimmer ist zu vermiethen bei **A. Böhm.**

Eine Familienwohnung und ein möbl. Zimmer verm. vom 1. Octobr. **Moritz Levit.**

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.